

**Seitenüberschrift:**  
**Bildungswelten**  
**Ressort: Politik**

**Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.01.2009, Nr. 18, S. 8**

---

## **Neue Ungewissheit für Hamburgs Schulen**

### **Die Einführung der sechsjährigen Primarschulen ist um ein Jahr verschoben / Ausnahmeregelungen nicht sicher / Von Heike Schmoll**

Hamburgs Schulsenatorin Christa Goetsch von der Grün-Alternativen Liste (GAL) hat sich vorgenommen, das gesamte Schulsystem umzukrempeln. Die sechsjährige Primarschule soll die vierjährige Grundschule ablösen und auch für den Zugang zu altsprachlichen Gymnasien verpflichtend werden. Die sogenannte Stadtteilschule soll die Klassenstufen 7 bis 13 umfassen und das Gymnasium die Klassenstufen 7 bis 12. Nun hat Frau Goetsch trotz aller Kampfansagen dem öffentlichen Druck, auch von Seiten der Hamburger Handelskammer und anderer Wirtschaftsvertreter, nachgeben müssen und den Schulen freigestellt, ob sie schon im kommenden Jahr Primarschulen werden wollen oder ein Jahr später. Die Eltern der Drittklässler haben aufgeatmet, auch die Schulleiter und Lehrer von Gymnasien und Stadtteilschulen, die jetzt allerdings wieder in völliger Ungewissheit leben. Kein Schulleiter kann planen, sich um Lehrerversorgung und ähnliches kümmern, weil niemand weiß, wie es weitergeht.

Für viele Gymnasien geht es um die Existenz. Spätestens dann, wenn die Schulen so realisiert sind wie gegenwärtig geplant, wird Hamburg etwa 40 Prozent weniger Gymnasiasten haben. Wer es sich leisten kann, wird auf Privatschulen ausweichen, bestraft werden diejenigen, die ihre Kinder nicht auf ein privates Gymnasium schicken können. Das soll dann sozial gerechter sein, wie die Bildungssenatorin meint? Und auf diese Weise soll die Leistungsspitze verbreitert werden, was Bürgermeister Ole von Beust (CDU) anstrebt?

Zu Recht hatte der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer in Hamburg, Schmidt-Trenz, noch Ende des vergangenen Jahres darauf hingewiesen, dass jedes Bemühen um eine Qualitätsverbesserung innerhalb des bestehenden Systems seriöser und erfolgversprechender sei als das Unternehmen Primarschule. Führende Bildungsforscher sehen das Hamburger Reformprojekt als "politischen Selbstmord", weil es statt klarer Zweigliedrigkeit auf diffuse Vielheit setzt und damit den Selektionsverdacht vermeiden will, in Wirklichkeit aber die Einheitsschule vorbereitet. Dafür spricht auch die stiefmütterliche Behandlung der Stadtteilschule, die von der CDU in die rot-grüne Ehe gebracht wurde. Dabei war gerade die Stadtteilschule als Möglichkeit gedacht, die Chancen bildungsferner Schichten auf einen "Aufstieg durch Bildung" zu vergrößern.

Nach dem Iglu-Ländervergleich 2006 gibt es keinen Zweifel mehr daran, dass die Grundschule es nicht schafft, die sozialen Differenzen auch nur im Mindesten auszugleichen. Ausgerechnet das Land mit einer sechsjährigen Grundschule, Brandenburg, wo es übrigens nicht annähernd so viele Schüler ausländischer Herkunft wie in Hamburg gibt, weist die größten sozialen Unterschiede schon in der Grundschule auf. Woher nimmt die Bildungssenatorin dann die Gewissheit, dass die Primarschule in Hamburg diese Probleme auf einen Schlag löst? Es gibt keine Stundentafel, kein Curriculum für die Primarschule, auch keine Lehrer und keine Räume. Das wird sich kaum schlagartig ändern.

Dabei kann sich Hamburg das schulpolitische Durcheinander, das die schwarz-grüne Koalition angerichtet hat, nicht leisten. Jedenfalls lassen die Ergebnisse der vergangenen Pisa-Studie solche Experimente eigentlich nicht zu: Eine verzögerte Schullaufbahn weisen an den integrierten Gesamtschulen 29,3 Prozent auf, an den Realschulen 36,8 Prozent. An den Hauptschulen sind es sogar 67,7 Prozent. Der Anteil der Schüler, die nach der vierten Klasse in Mathematik schlicht nichts mehr dazugelernt haben, liegt in Hamburgs Hauptschulen bei mehr als 70 Prozent. In der integrierten Gesamtschule sind es 32 Prozent und in der Realschule 21 Prozent. Beim Lesen sieht es vor allem in der Hauptschule noch schlimmer aus. Nahezu 79 Prozent der Hauptschüler bleiben auf dem Stand der vierten Grundschulklasse und darunter, sind also nicht in der Lage, einen Text zu lesen, geschweige denn zu verstehen. Solche Schüler sind nicht dazu imstande, ein selbständiges Leben zu führen. Das ist die nüchterne Wahrheit. Niemand glaubt, sie erführen einen wahrhaften Leistungsschub im integrativen Nirwana.

In ihrem neuesten Positionspapier zur Schulstrukturreform vom 12. Januar spricht die CDU vom Humanistischen Bildungsideal, das es zur Wahrung des besonderen Hamburger Bildungsreichtums und als Wettbewerbsvorteil zu erhalten gelte. Auch die CDU ist der Auffassung, auf das Gymnasium gehörten allenfalls 30 statt derzeit nahezu 50 Prozent eines Jahrgangs. In ihrem Positionspapier fordert sie eine Ausnahmeregelung für die humanistischen Gymnasien, die ihr besonderes "Bildungs-, Kultur- und Sprachprofil" in einer künftigen sechsjährigen Grundschule nicht ausreichend pflegen könnten. Ihr Bildungsangebot müsse auch nach der Reform erhalten bleiben. "Zu einem humanistisch-gymnasialen Profil beispielsweise gehört der Lateinunterricht ab Klasse 5 und eine humanistische Gesamtorientierung des Unterrichts generell", heißt es in dem Positionspapier. Das fällt Hamburgs CDU früh ein und lässt sich leicht sagen, wenn die Verantwortung für das operative Geschäft in der Hand der GAL liegt.

Die Hamburger Grünen scheinen sich längst anders entschieden zu haben. Jedenfalls ist die Abteilung Schulaufsicht für Gymnasien schon aufgelöst, in ein System der regionsbezogenen Schulaufsicht überführt und insofern auf die Einheitsschule zugeschnitten worden. Im Widerspruch zum Koalitionsvertrag wird die mit Einheitsbestrebungen nicht zu vereinbarende Langform von Gymnasien (von der fünften bis zur 12. Klasse) ausgeschlossen. Die Senatorin rechtfertigt das vordergründig mit verfassungsrechtlichen Bedenken, in Wirklichkeit steht kein Geld für Bauveränderungen zur Verfügung. Außerdem soll die Lehrerausbildung im Referendariat vereinheitlicht werden. Das Gymnasium wird nach und nach überflüssig gemacht werden.

In den sogenannten Regionalen Schulentwicklungskonferenzen (RSK) herrschen nach Berichten von gymnasialen Elternvertretern chaotische Zustände. Unter Einsatz externer Moderatoren, die verdeckt als Berichterstatter fungierten, würden die Regionalkonferenzen als basisdemokratische Veranstaltungen inszeniert. In Wirklichkeit jedoch entscheide allein die Behörde. Je nach Gebiet umfasst solch eine Regionalkonferenz auch ländliche Gegenden, teilweise bis zu 30 Schulen mit ihrem Personal sowie Vertreter von Kindertagesstätten und Beobachter. Bei fünf Treffen innerhalb von etwa acht Monaten sollen sie klären, welche Schule innerhalb der Reform welche Struktur anzunehmen hat, wo die vorgesehenen neuen Schulen ihre Standorte haben sollen, welche Raumkapazitäten wohin abgegeben werden müssen und welche Profile und pädagogischen Konzepte wo am besten geeignet sind.

Die Schulbehörde erzeuge erheblichen Anpassungsdruck auf die Schulleitungen der Grund- sowie Haupt- und Realschulen, dadurch, dass die Primarschulen als Schulneugründungen

ausgegeben würden. Denn dann könnten die Schulleitungen im Unterschied zu dem sonst üblichen partizipatorischen Verfahren allein durch die Schulbehörde ausgewählt werden (gemäß Paragraph 95 des Hamburger Schulgesetzes).

Die ersten Treffen der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen zeigen aus Sicht der Gymnasialvertreter, dass selbst ganz durchschnittliche Gymnasien mit einer Klientel aus der unteren Mittelschicht hier nur verlieren können. Die Vertreter der Grundschulen sähen sich zu Recht schon jetzt als die Herren über die künftigen Primarschulen und damit als die Gewinner der Reform; sie fragten nicht danach, wie sie vernünftig einem Interesse an einer Vorbereitung ihrer Schüler auf das Gymnasium Rechnung tragen könnten, sondern wollten die Gymnasien nur als Quelle für Ressourcen (Personal, Sachmittel, Fachräume) nutzen. Einer wirkungsvollen Solidarität der weiterführenden Schulen stünde zum einen die Konkurrenz der Schulformen (Gesamtschule, Gymnasium), zum anderen der Überlebenswille angesichts der Verknappung der Schülerzahlen entgegen.

Bedauerlicherweise träten die Grundschulvertreter auch dann als Reformgewinner auf, wenn das direkte Gespräch mit ihnen gesucht werde. Mehr noch interpretiere das Grundschulpersonal die "Reform" als Bestätigung der bisherigen eigenen Arbeit und habe kein Verständnis für die von den Gymnasien ab Klasse 5 angestrebte "Fachlichkeit" des Unterrichts, meint eine gymnasiale Elternratsvorsitzende. Sie wird noch deutlicher: Wie entschlossen hier die eigene Kuschelpädagogik im Sinne eines "Schutzraumes Schule" auf die Klassen 5 und 6 ausgedehnt werden solle, laufe jeder Verbesserung der schulischen Bildung zuwider. Nicht die Analyse bisheriger Fehler verbunden mit stringenten Lösungskonzepten, sondern schlichte Umverteilungswünsche im Sinne eines bestimmten Verständnisses von "sozialer Gerechtigkeit" offenbarten sich auch in den primarschulfreundlichen Stellungnahmen aus der Elternkammer, sagen gymnasiale Elternvertreter.

Tatsächlich hat es die Hamburger CDU geschafft, nicht nur die Eltern aus dem bürgerlichen Lager der Elbvororte gegen sich aufzubringen, sondern auch den durchschnittlichen Mittelständler, dessen Kind im staatlichen Schulsystem ein Bildungsziel erreichen soll. Nachdem die Grünen schon zwei Niederlagen hinnehmen mussten (Elbvertiefung und Kohlekraftwerk Moorburg), könnte das Scheitern der Schulreform das Ende der schwarz-grünen Koalition bedeuten. Für die Gymnasien wäre das ein Gewinn, für die schwachen Schüler aber auch.

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Zur Verfügung gestellt von:

**Frankfurter Allgemeine Archiv**